

Ruland und Hoch: „Fördergelder fließen auch in das Untere Mittelrheintal!“

Austausch mit Bürgerinitiative

Pressemitteilung Marc Ruland, MdL

Ein entsprechender Artikel erschien u.a. in „Blick aktuell“ am 19.10.2020

Kreis Mayen-Koblenz. Aus aktuellem Anlass trafen sich Marc Ruland, MdL, Staatssekretär Clemens Hoch und Rolf Papen, Vorsitzender der Bürgerinitiative „WIR gegen Bahnlärm in der VG Weißenthurm e.V.“. Beweggründe für die Gesprächsrunde sind der folgenschwere Güterzugunfall Ende August in Niederlahnstein, die daraus resultierende Notwendigkeit einer Geschwindigkeitsreduzierung für Güterzüge mit Gefahrgut bei Ortsdurchfahrten und die Forderung nach einer Gleichbehandlung des Unteren Mittelrheintals mit dem Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal.

Die Bürgerinitiative hat seit ihrem Bestehen Großes bewirkt, wie den Einbau von zwei Flüsterweichen, den Bau einer Lärmschutz-Gabionenwand und ganz aktuell in diesem Jahr den Einbau von Schienenstegdämpfern in Weißenthurm. Nach aktuellem Planungsstand liegen die Baukosten für Schallschutzwände in Leutesdorf bei 3,3 Millionen Euro sowie in Weißenthurm bei 6,1 Millionen Euro. Rheinland-Pfalz zahlt im Rahmen des Vertrags mit der DB Netz AG für Lärmschutzmaßnahmen 7,7 Millionen Euro. Davon fließen für Schienenstegdämpfer und –absorber 1,5 Millionen Euro nach Weißenthurm und knapp eine Million nach Leutesdorf.

Rolf Papen betonte zu Beginn des Gesprächs, dass der Bürgerinitiative das Handeln zur Bahnlärmreduzierung in den beigetretenen Kommunen Mülheim-Kärlich, Andernach, Brohl-Lützing, Bad Breisig, Sinzig und Remagen dem Vorstand gleichermaßen am Herzen liegt, wie der Einsatz in der Verbandsgemeinde Weißenthurm. Denn nicht nur Weißenthurm leidet unter dem unerträglichen und weiter zunehmenden Lärmpegel der Bahn, sondern das ganze Mittelrheintal von Bingen bis Bonn.

Ruland und Hoch begrüßen die Initiative: „Es ist beachtlich und vorbildlich was Rolf Papen und der Vorstand der Bürgerinitiative bereits erreicht haben – nicht nur für ihre Stadt, sondern auch für die Zusammenführung der Interessen und Kräfte hinsichtlich der dringend erforderlichen Bahnlärmreduzierung in unserer Region. Dennoch zeigen die jüngsten Geschehnisse in Niederlahnstein und im vergangenen Jahr der Unfall in Unkel weiteren Handlungsbedarf. Zu hohe Geschwindigkeiten, leichtsinniges Handeln, Schäden an Zügen oder Gleisen können gerade innerhalb von Ortschaften zu großem Unglück führen.“

Staatssekretär Hoch betonte: „Solange es noch keine Güterzugneubaustrasse zur Entlastung des Mittelrheintals gibt, werden die Schienenstränge beiderseits des Rheins weiterhin zu den am stärksten belasteten Bahntrassen Europas zählen. Daher muss sich unser Engagement neben dem Kümmern um die Reduzierung des Bahnlärms, aufgrund der aktuellen Ereignisse noch intensiver als bisher, auch dem Thema Bahnsicherheit zuwenden. Auch wenn es absolute Sicherheit nicht geben kann, muss alles Menschenmögliche getan werden, um Unglücke wie in Unkel und Niederlahnstein zu verhindern.“

Geschwindigkeitsreduzierung und Gleichbehandlung

Auf die Frage von Rolf Papen hin, ob er sich als vorbeugende Maßnahme auch eine Geschwindigkeitsreduzierung insbesondere für Güterzüge mit Gefahrgut bei Ortsdurchfahrten vorstellen könnte, erklärte Staatssekretär Hoch, dass für ihn im Sinne der Gefahrenabwehr und der Lärmreduzierung grundsätzlich eine solche Geschwindigkeitsbegrenzung bei Ortsdurchfahrten sinnvoll sein könne.

Auch das Thema Gleichbehandlung in Sachen Bahnlärmreduzierung des Unteren Mittelrheintals von Koblenz bis zur Grenze zu Nordrhein-Westfalen mit dem Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal von Bingen bis Koblenz wurde eingehend besprochen. Dabei wurde das gemeinsame Anliegen formuliert, das Untere Mittelrheintal zukünftig in gleicher Weise zu fördern wie das Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal. Marc Ruland, MdL unterstrich diese Absichtserklärung, indem er betonte: „Beim Schutz von Menschen vor Immissionen und Gefahren darf es keine regionale Unterscheidung geben, hier ist das Mittelrheintal als Ganzes zu betrachten!“ Staatssekretär Hoch führt fort: „Das Land stellt Fördergelder in Höhe von 7,7 Millionen Euro zur Verfügung, um Bahnlärm zu reduzieren. Von dieser Summe fließen 2,5 Millionen Euro in das Untere Mittelrheintal.“

„Es ist uns ein wichtiges Anliegen, auch unsere Region verstärkt vor Bahnlärm zu schützen und die Bahnsicherheit zu erhöhen. Nur wenn dies gelingt, wird sich das Verständnis und die Akzeptanz für die notwendige Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene einstellen“, so Staatssekretär Clemens Hoch und der Landtagsabgeordnete Marc Ruland am Ende des informativen und gelungenen Gesprächs.

Rolf Papen war froh für den regen Austausch und betont die gute langjährige Zusammenarbeit mit dem Mayen-Koblenzer Landtagsabgeordneten Marc Ruland.